express
Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Die Mehrheit in den Betrieben wiedererlangen

Probleme gewerkschaftlicher Strategien gegen die extreme Rechte – von Alexander Maschke*

In: ***express*** *12/2025*

An den Beitrag von Jan Rottenbach zum Einfluss der extremen Rechten auf die Betriebsratswahlen 2026 in unserer letzten Ausgabe knüpft auch Alexander Maschke an. Er verschiebt den Blick, weg von den anstehenden Wahlen, hin zu langfristigen Strategien, mit denen Gewerkschaften in jenen Betrieben erfolgreich sein können, in denen die AfD und ihre Positionen bereits etabliert sind.

War es nach den letzten BR-Wahlen mit vereinzelten Stimmenverlusten für die Pseudogewerkschaft »Zentrum« noch unklar, ob sie resignieren oder neuen Anlauf nehmen würde, wissen wir heute sicher: Sie hat die Zeit genutzt. Zentrum ist nicht nur breiter aufgestellt, sondern wähnt sich im Bündnis mit der AfD als »einzig wahres Sprachrohr« der Kolleg:innen in den Betrieben. Schließlich würden diese politisch nicht durch die »linken Vorfeldorganisationen« repräsentiert, als die der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bei den extrem Rechten gelten.

Tatsächlich rumort es mehr oder weniger in allen Ecken der Republik. In Teilen Ostdeutschlands sind extrem Rechte längst nicht mehr »die Anderen« im Betrieb oder im Betriebsrat, vereinzelt sind sie bereits in Tarifkommissionen und anderen Bereichen des gewerkschaftlichen Ehrenamts etabliert. In Teilen sind sie gar die gate keeper zum Betrieb. Deswegen ist es nicht zu früh, um zu fragen: Was tun, wenn es brennt?

Sind wir wirklich vorne?

Innerhalb der Gewerkschaften wollen sich glücklicherweise viele diesen Problemen stellen. Häufig wird, wie beispielsweise Ende Oktober auf dem Fachtag »Rechtsextremismus in der Arbeitswelt« in Berlin, die Frage nach der richtigen Ansprache der Kolleg:innen gestellt. Wie können Gewerkschaften die gemeinsamen Erfahrungen in betrieblichen und überbetrieblichen Konflikten für eine demokratische Barriere gegen rechts in den Belegschaften mobilisieren? Dabei wird durchaus in Rechnung gestellt, dass Betriebe kein Ort sind, an dem Demokratie erlernt wird, sondern dass sie dort laut Hans-Jürgen Urban (2024) in einer Vorwärtsverteidigung erstritten werden muss. Es gibt weitere sinnvolle Ansätze, die ich hier nicht ausführen kann. Sie haben aber eines gemeinsam, nämlich dass sie fragen: Wie adressieren wir die Kolleg:innen? Wo können wir bei ihnen ansetzen?

Damit wird aber etwas vorausgesetzt, was sich als fataler Trugschluss entpuppen könnte: Dort, wo wir – die DGB-Gewerkschaften – sind, ist vorne. Raum für die Reflexion eigener Strukturen und das Ausprobieren neuer Wege in den Betrieben und eigenen Gremien wird aus Angst vor der rechten Bedrohung nicht geschaffen.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Die DGB-Gewerkschaften sind bei vielen Positionierungen tatsächlich »vorne«. Natürlich gäbe es hier und da Raum für progressivere Positionen, aber das ist an dieser Stelle vorerst nicht relevant. Schwerer fällt hingegen ins Gewicht, dass das politische Handeln der Gewerkschaften meist beim Positionieren verbleibt und eben nicht in die Praxis übergeht (jenseits einzelner Kreise von Haupt- und Ehrenamtlichen). So

bleibt das Einstehen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie nur eine Aneinanderreihung von Schlagwörtern, die nicht mit der betrieblichen Arbeit verknüpft wird. Schlimmer noch: Man spricht vielleicht sogar die gleiche Sprache wie die Geschäftsführungen, ohne dass verständlich wird, dass die Begriffe (zumindest teilweise) unterschiedlich aufgeladen sind.

»Tarifmaschine« zu sein ist kein Ausweg

Die Ursache liegt darin, dass es – insbesondere in Ostdeutschland – unüblich ist, von der eigenen Gewerkschaft mit politischen Themen konfrontiert zu werden. Schließlich wurde man mit der Aussicht auf einen Tarifvertrag geworben. Wenn bislang nicht resignierte Hauptamtliche dazu übergehen, sich im Betrieb gegen die von vielen gewählte AfD auszusprechen, irritiert das zumindest. Zugleich wächst die Sorge, als politische:r Sekretär:in im Betrieb politisch anzuecken, zumal man nicht für den Verlust von Mitgliedern verantwortlich sein möchte. Infolgedessen verzichtet man eher auf bestimmte politische Themen, konzentriert sich darauf, »Tarifmaschine« zu sein, und versucht – so schwer es auch fallen mag – die Kolleg:innen in den Betrieben zu nehmen, wie sie sind. Schließlich könne man noch mit ihnen arbeiten.

Aber was, wenn das kippt? Rottenbach deutet in seinem Beitrag an, dass es ein Interesse von rechts gibt, den Tarifvorbehalt der Gewerkschaften abzuschaffen. Vielleicht würden Vorschläge in diese Richtung sogar als Kampagne zur »Demokratisierung der Lohnfindung« lanciert werden, da sie die Kolleg:innen von einer vermeintlichen Vormundschaft durch die tariffähigen Gewerkschaften befreien würden. Schon jetzt gibt es zumindest in Ostdeutschland Betriebsräte, die gewerkschaftlichen Hauptamtlichen deutlich machen, dass sie froh sein können, überhaupt einen Platz am Verhandlungstisch erhalten zu haben. Sobald diese Sorte von Betriebsräten selbst ihren Tarifvertrag verhandeln könnte, würde sich das ändern.

Dem mag manch einer entgegenhalten: Sollen sie es doch versuchen. Sie werden schon sehen, was sie davon haben! Wir reden aber über Regionen, in denen Tarifverträge die Ausnahme sind und es nach Tarifrunden oft heißt: »Da müssen wir ehrlich sein, der Abschluss war nicht gut.« Deshalb stellt sich durchaus die Frage, wer durch ein Aufkündigen der Zusammenarbeit im Betrieb mehr verlieren würde. Und das ist der Grund, weshalb man sich in der Auseinandersetzung mit Zentrum kaum auf die Erfahrungen mit dem Beamtenbund, christlichen Gewerkschaften, der GdL und anderen berufen kann.

Es geht der extremen Rechten schlicht um mehr als um den Aufbau einer Konkurrenzgewerkschaft. Wer braucht diese noch, wenn man Betriebsräte mit passender Weltanschauung hat – außer vielleicht zu Schulungszwecken? Ihr eigentliches Ziel ist die Zerschlagung des DGB und der in ihm zusammengeschlossenen Gewerkschaften. Zwar firmiert Zentrum derzeit als »Alternative« und stänkert gegen die DGB-Gewerkschaften. Eine tatsächliche Konkurrenz wird Zentrum so schnell jedoch nicht sein – was man unbedingt nutzen sollte. Demgegenüber würde eine Änderung beim Tarifvorbehalt die Gewerkschaften hart treffen, solange sie nur »Tarifmaschinen« sind.

Gewerkschaftsarbeit politisieren, Ehrenamt aufbauen

Auch auf anderer Ebene wird versucht, die Gewerkschaftsarbeit anzugreifen. So hat die AfD im Thüringer Landtag den Antrag gestellt, den Bildungsurlaub ersatzlos zu streichen, weil durch ihn einseitig linke Organisationen subventioniert würden. Wir dürfen mit der Intensivierung solcher Angriffe rechnen. Gerade deshalb sollte sich niemand im Betrieb in die Bredouille bringen, erklären zu müssen, warum man gegen die AfD sei. Man kann schlicht darauf verweisen, dass sie sich bewusst zur Feindin der gewerkschaftlichen Arbeit gemacht hat.

Deshalb kann die Erkenntnis, sich nicht an der extremen Rechten abzuarbeiten, für die betriebliche Ebene übernommen werden. Das darf aber nicht als eine auf Appeasement zielende, wie auch immer geartete Sachpolitik missverstanden werden. Stattdessen ist es notwendig, die gewerkschaftliche Arbeit von neuem zu politisieren. Das dürfte nicht einfach werden.

Es gibt nicht wenige Betriebe, in denen die Zustimmung zur AfD in der (organisierten) Belegschaft höher ist, als man auf Basis der Wahlerfolge der Partei befürchten mag. Gleichzeitig gilt für Unternehmen ab einer gewissen Größe, dass niemals die ganze Belegschaft blau-braun ist – auch wenn die Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Betriebs- oder Personalrat solche

Mythen begünstigen mag. Für die betriebliche Arbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen heißt das einmal mehr, dass man seinen Betrieb kennen muss. Anstatt sich ausschließlich darauf zu konzentrieren, das unheilige Zweckbündnis im Betrieb zu pflegen, um den Betrieb nicht zu verlieren, sollte nach jenen Kolleg:innen Ausschau gehalten werden, die politisch anders ticken.

Die gibt es – und sobald Vertrauen geschaffen wurde, melden sie sich teilweise sogar selbst, weil auch sie frustriert sind, jeden Tag Mist ertragen zu müssen. Eine persönliche Ansprache kann dabei den Unterschied zwischen Resignation und Hoffnung ausmachen. Diese Kolleg:innen müssen gestärkt werden, damit sie in der Lage sind, künftig ehrenamtliche Funktionen im Betrieb zu übernehmen und mit ihren Erfahrungen die gewerkschaftliche Strategiefindung zu bereichern. Nur so wird man in den Betrieben als politischem Kampffeld gegen rechts gewappnet sein.

Kein Grund zur Resignation

Natürlich sind das Investitionen, die sich erst in der Zukunft auszahlen werden. Noch sind die Mitgliedsgewerkschaften des DGB aber in der Lage, sie zu stemmen. Die von mir vorgeschlagene betriebliche Arbeit ist aufwändig und ressourcenintensiv. Allein ein politisches Mapping gemeinsam mit den Verbündeten im Betrieb ist ein intensiver Prozess – der aber in gefährdeten Betrieben bis März 2026 durchaus möglich ist. Gleichzeitig muss der Schutz aller Beteiligten stets gewährleistet sein. All das müssen Haupt- und Ehrenamtliche nicht allein machen. Es gibt die – allerdings sehr wenigen – gewerkschaftsnahen Projekte, die auf die Arbeit gegen die extreme Rechte im Betrieb spezialisiert sind und die man hinzuziehen kann. Derzeit können sie den Bedarf jedoch lange nicht decken. Deshalb braucht es bundesweite Lösungen, sowohl für die Einzelgewerkschaften als auch gewerkschaftsübergreifend.

So ernst die Zeiten sind und so sehr die im nächsten Jahr anstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern die Bedingungen für gewerkschaftliche Arbeit weiter erschweren können – noch besteht kein Grund, jeden Optimismus aufzugeben. Die Probleme mit der extremen Rechten in den Betrieben werden inzwischen offen diskutiert und es mehren sich die guten Ideen. Strategien wie bei der Kampagne »Wir fahren zusammen« liefern erste Erfahrungen mit einer neuen Politisierung der betrieblichen Arbeit – sowohl im Hinblick auf Fallstricke als auch auf Erfolge.

Die politische Resignation ist bislang nur ein regionales Phänomen und gilt auch dort längst nicht für alle Gewerkschafter:innen. In den Kämpfen um Entgelt und Arbeitszeit, genauso wie bei den Betriebsratswahlen 2026, führt kein Weg an den DGB-Gewerkschaften vorbei. Auch wenn sich womöglich ein wachsender Teil der Mitglieder politisch von ihrer Programmatik abwendet, bleiben sie die größten Organisationen der progressiven Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik – mit erheblichen finanziellen Mitteln für die politische Arbeit, mit Schulungszentren und viel Potenzial. Noch ist der Kaiser nicht nackt.

** Alexander Maschke arbeitet in einem gewerkschaftsnahen Verein. Kürzlich erschien von ihm: »Aus der Krise zur Stärke? Zur Konstituierung industriegewerkschaftlicher Subjekte in Ostdeutschland«, Frankfurt/New York 2024.*

Literatur:

Hans-Jürgen Urban: Demokratiepolitik im Betrieb. Perspektiven einer demokratischen Arbeitswelt. In: Hans-Jürgen Urban u.a. (Hrsg.): Gute Arbeit gegen rechts, Hamburg 2024, S. 11-36.

express im *Netz und Bezug* unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraβe 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12